

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 26/3 (1999)

DOI: 10.11588/fr.1999.3.47857

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

auch das zweite (»L'Allemagne et ses voisins«) erfüllt im großen und ganzen seinen Zweck, obwohl einige Beiträge den Rahmen sprengen. Im kurzen dritten Kapitel (»Les frontières de la France«) behandeln zwei Beiträge nur den Rhein und der dritte, ein Vergleich von europäischen Vorstellungen in Vichy und in Frankreich heute, hat mit Grenzen (außer daß man sie in Europa überwinden wolle) im eigentlichen Sinne nichts zu tun. Die übrigen Kapitel (»L'Europe danubienne et l'Europe sud-orientale« und »L'Europe orientale«) bleiben Notlösungen für die übrigen Beiträge. Vielleicht hätte sich doch eher eine – sicher schwierige, aber spannungsreiche – Gliederung angeboten, die von unterschiedlichen Problemfeldern, Formen und Einflußfaktoren, der unterschiedlichen Perzeption und Regelung von Grenzen in turbulenten Phasen des historischen Wandels im 20. Jh. ausgeht und dabei die recht konventionellen geographischen Einteilungen überschreitet und zeitlich die Beiträge stärker konzentriert (den Vergleich zwischen erster und zweiter Nachkriegszeit führen ohnehin längst nicht alle Autoren durch, und ein eigenes Kapitel für die, die es doch tun, hätte die Mitte des Bandes bilden können – oder einige Kapitel wären auch zugunsten anderer Zusammenhänge vielleicht wieder aufzuteilen). Um an wenigen Beispielen anzudeuten, was gemeint ist: Man hätte etwa die Bemühungen um ethnisch vertretbare Grenzen – ein Kernproblem – oder auch deren bewußte Vermeidung zum Thema eines Kapitels machen können (interessanter Ansatz bei R. LONG für das britische Empire, dazu W. KEYLOR für die Problematik des Selbstbestimmungsrechts und Ll. AMBROSIUS über Wilsons Konzeption und ihre Folgen; dazu die Angliederung weiterer Beiträge als Fallstudien und im Zusammenhang mit den Implikationen von Plebisziten: S. MARKS über Belgien, C. DEFRANCE über Schleswig, H. TOOLEY und T. UETA über Oberschlesien). Oder ein möglicher faszinierender Vergleich französischer und deutscher Sicht der Rheinfrage (J. BARIÉTY über das Comité d'études, Chr. BÄCHLER über Stresemann und dazu L'Huillier – beispielhaft in Gegenüberstellung französischer, an europäischen oder Menschheitszielen orientierter Propagierung der Rheinpolitik und der unattraktiven oder nationalistisch verengten deutschen Bemühungen). Eine andere Möglichkeit: Französische Einflüsse und Fehlperzeptionen in den Territorialfragen Ost- und Südosteuropas zu erörtern. Oder die Konzentrierung auf die Wirksamkeit von politischen Kräften und politischer Ökonomie (D. ORLOW, M. VOGT; R. SPAULDING – mit konzeptionellen Schwächen) mit der Möglichkeit, weitere Beiträge hier anzuschließen. Das gleiche gilt für eine mögliche, aufschlußreiche Verbindung der Beiträge von M. NARINSKI (über die sowjetische Haltung zu Einflußzonen und Grenzen 1939–1947) mit R. BESSEL (Anfänge und Behandlung der innerdeutschen Grenze 1945–1952).

Insgesamt sollte trotz kritischer Bemerkungen über die Konzeption des Bandes nicht zu kurz kommen, daß die Mehrzahl der Beiträge instruktiv, quellennah und z. T. weiterführend ist.

Peter KRÜGER, Marburg

Douglas NEWTON, *British Policy and the Weimar Republic, 1918–1919*, Oxford (Oxford University Press) 1997, X–481 S.

Thorstein Veblen kam 1917 in einer Studie zu dem Schluß, daß keiner der wesentlich beteiligten Staaten unverändert aus dem Ersten Weltkrieg und seinen umwälzenden Wirkungen hervorgehe. In Großbritannien stemmten sich vornehmlich die Konservativen, politisch mächtig in der Koalitionsregierung Lloyd Georges, mit aller Kraft gegen diese Veränderungen, und das hatte beträchtliche Auswirkungen auf die Kriegs- und Außenpolitik, seit im Dezember 1916 diese »knock-out coalition« regierte, kompromißlos festgelegt gegen einen Verständigungsfrieden, vor allem 1918/19. Damit waren sie ebenfalls mitverantwortlich für die rücksichtslose, auch über verbindliche Vereinbarungen hinweggehende Haltung gegenüber Deutschland und der schwierigen Geburt einer demokratischen Republik und trugen zu deren Schwächung bei. Davon handelt dieses Buch. Es ist eine kleine

Sensation; denn es vermag der Forschung über die Entstehung der Pariser Friedensordnung eine neue Basis und Ausrichtung zu geben. Die Frage rückt in den Mittelpunkt, wie demokratiefördernd der unentwegt verkündete Kreuzzug der britischen Regierung für die Demokratie 1914–1918 eigentlich war – schon bei der Februar-Revolution in Rußland waren Zweifel angebracht –, eine Frage von prinzipieller Bedeutung für die Stabilität der Friedensordnung, die angewiesen war auf einen grundlegenden innenpolitischen Wandel in Deutschland und ein Mindestmaß an verfassungspolitischer Gemeinsamkeit. Es handelt sich also um eine minutiöse und umfassende neue Interpretation der Entstehung maßgebender britischer politischer Entscheidungen, ihrer Voraussetzungen und folgenreichen Wirkungen im Ringen um Waffenstillstand und Friedensvertrag 1918/19.

Nicht nur, daß Douglas Newton dabei Stellung bezieht gegen erneut in der britischen Öffentlichkeit vertretene einseitige Ansichten über den Ersten Weltkrieg als glorreichen, auch in seiner Länge und mit den unzähligen Opfern gerechtfertigten Kreuzzug für die Demokratie und gegen die deutsche Gefahr, außerdem Übertreibungen der Kontinuitäten vom Kaiserreich zum Nationalsozialismus kritisiert, er geht vielmehr einen entscheidenden Schritt weiter und fragt, wie sich denn die britische Regierung schon 1917 angesichts der deutlich werdenden innenpolitischen Risse in Deutschland und der Friedensresolution des Reichstags, vor allem aber in der entscheidenden Phase seit dem Waffenstillstandsgesuch vom 3. 10. 1918 und bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags am 28. 6. 1919 gegenüber der November-Revolution und der Demokratisierung in Deutschland verhalten hat. Ganz wichtig dabei ist, daß Newton mit Nachdruck auf Fehler und Fehlentwicklungen der Deutschen 1918/19 hinweist; es geht nicht um ihre Entlastung, sondern um die Versäumnisse und die Mitverantwortung der einflußreichen Regierung Lloyd Georges für den Frieden und die künftige Entwicklung.

Auf der Grundlage einer eingehenden Untersuchung der innenpolitischen Voraussetzungen von Außenpolitik, bei der die Unterhauswahlen vom 14. 12. 1918 für den Machterhalt von Lloyd Georges »knock-out coalition« mit dem Übergewicht der Konservativen – »increasingly inclined towards reaction« – eine maßgebende Rolle spielten, wird eine weithin gesellschaftspolitisch bedingte oder der Regierungsmehrheit dienende feindselige Haltung gegen die »sozialistische« Übergangsregierung in Deutschland und die als Bluff denunzierte Demokratisierung in allen Nuancen und fatalen Konsequenzen herausgearbeitet: Verhinderung von Lebensmitteleinkäufen solange wie möglich, Aufrechterhaltung der Blockade, Bestehen auf einem harten Zwangsfrieden (schon kurz nach dem Waffenstillstand plante man ein Friedensdiktat mit Ultimatum). Die Deutschen wurden ohne Unterschied für schuldig gehalten und sollten büßen, die deutsche Schuld ersetzte sofort die verbindlichen Vereinbarungen vor dem Waffenstillstand (Lansing-Note, 5. 11. 1918) und über Wilsons 14 Punkte als Friedensgrundlage, und es war nur noch von Kapitulation und Kriegskosten statt von Waffenstillstandsvertrag und Reparationen die Rede. Vor allem Kriegskosten in absurder Höhe wurden der Öffentlichkeit – die man dann dafür verantwortlich machte – eingehämmert. Das förderte das rasche Wiedererstarken der Konservativen in Deutschland, die scheinbar Recht behielten gegenüber den enttäuschten Verständigungshoffnungen der Anhänger der Republik. Es wird außerdem deutlich, wie tief in England die Abneigung gegen Wilson war; ungeachtet vieler eigener Fehler hatten die Deutschen angesichts der vielfach entscheidenden britischen Haltung keine Chance für eine Verständigung. Die Nichteinhaltung von Vereinbarungen über die Grundzüge der Friedensregelung geschah absichtsvoll und im vollen Bewußtsein dessen, was man tat. Die entscheidende Phase – dies tritt klar hervor –, in der eine Unterstützung der Deutschen, eine gewisse Neigung zur Verständigung wichtig gewesen wäre, war die Zeit des Waffenstillstands, als es in Deutschland um die Grundlegung der Republik ging. Das wäre auch noch schärfer abzuheben von möglichen Milderungen der Friedensbedingungen, die zu spät gekommen und keinen großen Effekt mehr gehabt hätten. Die belastenden Folgen bis hin zum Appeasement werden im Schlußkapitel angedeutet.

Das wirklich Neue liegt in der Konzentration auf dieses Thema, die britische Haltung zu den tiefgreifenden Veränderungen in Deutschland. Deshalb noch einige Bemerkungen zur Methode. Sie beruht auf einer unglaublich dichten, kontinuierlich durchgehaltenen Quellenanalyse auf mehreren Ebenen. Es wird nicht nur nach Anhängern und Gegnern der harten Linie und internen Differenzierungen unterschieden, sondern auch nach Gruppen – Politikern, Militärs, Beamten und Sonderstäben der Ressorts, Journalisten etc. – bis hinunter zu Kleingruppen innerhalb dieser Aufteilung und zu einzelnen Persönlichkeiten. Dies ermöglicht eine sehr differenzierte und präzise Analyse des Entscheidungsprozesses. Zu Recht wird als Basis eine breite immer wieder aufgenommene Untersuchung der Information, Perzeption und Bewußtseinsbildung vorgelegt, und zwar von den führenden Exponenten bis zur mittleren Ebene der Zuarbeitenden und Ausführenden, von den amtlichen Schriftwechseln, Erörterungen, Auswertungen bis zu den privaten Stellungnahmen, Erlebnissen, Eindrücken und Stimmungen. Die »hohe Politik« wird so mit der alltäglichen Arbeit und Erfahrung verbunden (daraus erklärt sich die außergewöhnlich lange Liste der Danksagungen; denn es sind sehr viele private Nachlässe herangezogen worden). Erst diese ergebnisreiche Vorgehensweise macht die bedeutsamen Resultate so überzeugend: Die Chancen der jungen deutschen Republik wurden nicht nur durch deren eigene Fehler, sondern auch durch das Verhalten der in vielen Punkten entscheidenden britischen Regierung (die Empire-Vertreter, insbesondere Hughes, immer im Nacken) verdorben.

Peter KRÜGER, Marburg

Daniel ANSON, *Poincaré, l'acharné de la politique*, Paris (Tallandier) 1997, 442 p. (Figure de proue).

Raymond Poincaré is one of the few political figures to have exercised as decisive an influence on the first half of the Third Republic as on the second. In a political career which ran from 1887 to his death in 1934 he held most of the major offices of state both before and after the First World War. He played crucial roles in France's entry into the war, the organisation of the war effort, the peace settlement, the reparations question, the occupation of the Ruhr and the reorganisation of French finances in the 1920s. Yet as the novelist and essayist Emmanuel Berl wrote in his obituary in October 1934: »La France n'a eu envers Poincaré ni des élans d'amour comme envers Gambetta, envers Jaurès, ni des élans d'admiration comme envers Clemenceau«. He has remained a controversial figure. As »Poincaré-la-guerre« and »Poincaré-le franc« he has provoked opprobrium and praise. His role in the outbreak of the First World War and the sealing of »union sacrée« has cast him alternately as war-monger and saviour; his management of the occupation of the Ruhr in 1923 has been depicted as either a courageous effort to ensure German execution of the Versailles treaty or as evidence of visceral Germanophobia; his role in bringing order to French finances in the 1920s has led him to be portrayed as an austere deflationist or as one of France's twentieth century financial wizards. His identification with a certain number of values – order, dignity, politeness, honesty, thrift – which posterity has tended to view as unfashionable, and his association with the middle class, which claimed to incarnate those values and which historiography has not found exciting or treated kindly, has left Raymond Poincaré if not one of the unsung heroes of French history, then one whose political stature has not received the recognition it deserves.

This lack of recognition is reflected in the small number of modern studies on Poincaré either in English or French. This is partly to do with the decline of political history in France from the 1930s until the 1970s and the academic profession's desire to eschew the study of politically unfashionable subjects, especially those associated with the Right, in order to concentrate on worthier issues such as social history, the Left or the labour move-